Inhaltsübersicht

Einführung und Problemstellung 25

A. Zeitalter der Neuen Medien 25

B. Gewachsenes Interesse der Bevölkerung an rechtlichen Themen 27

C. Funktionswandel von Gerichtsöffentlichkeit? 28

D. Neue Gefahren durch gerichtliche Öffentlichkeit 30

E. Gang und Ziel der Untersuchung 31

Teil 1

Dogmatische Grundlagen 32

A. Die Neuen Medien 32

B. Zur Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens 44

Teil 2

Gerichtsberichterstattung und Neue Medien 225

A. Generelle Grenzen der Gerichtsberichterstattung 225

B. Die verhandlungsbegleitende Textberichterstattung und die Nutzung Neuer Medien im Gerichtssaal 263

C. Der Schutz vor Bildnisveröffentlichungen und Bildnisaufnahmen im Rahmen der Gerichtsberichterstattung 276

D. Die Zulässigkeit der Anfertigung und Verbreitung von Bildaufnahmen im Umfeld der gerichtlichen Verhandlung 284

E. Die Zulässigkeit der Aufnahme und des Verbreitens von Foto- und Filmaufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung 302

F. Neuer Ansatz zur Anfertigung von audiovisuellen Aufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung 328

Teil 3

Gerichtsöffentlichkeit heute 342

A. Gerichtsöffentlichkeit als Medienöffentlichkeit 342

B. Gerichtsöffentlichkeit und Neue Medien 343

C. Wesentliches Ergebnis der Untersuchung 344

D. Zusammenfassende Thesen 346

Literaturverzeichnis 352

Personen- und Sachverzeichnis 383

Inhaltsverzeichnis

Einführung und Problemstellung 25

A. Zeitalter der Neuen Medien 25

B. Gewachsenes Interesse der Bevölkerung an rechtlichen Themen 27

C. Funktionswandel von Gerichtsöffentlichkeit? 28

D. Neue Gefahren durch gerichtliche Öffentlichkeit 30

E. Gang und Ziel der Untersuchung 31

Teil 1

Dogmatische Grundlagen 32

A. Die Neuen Medien 32

I. Begriffsbestimmungen 32

1. Medien 32

2. Neue Medien 34

3. Das Internet als Neues Medium 35

a) Das Internet als Netzinfrastruktur zur Datenübertragung 35

b) Die Anwendungsebenen des Internets 36

4. Massenmedien 37

II. Wandel der Medienlandschaft und veränderte Marktstrukturen im Bereich der Presse 38

1. Online-Journalismus als Chance für die herkömmlichen Medien 38

2. Teilhabemöglichkeiten des Publikums mithilfe des Web 2.0 41

3. Die Hybridisierung der Medienformen 42

B. Zur Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens 44

I. Begriffliche Fundierung des Grundsatzes gerichtlicher Öffentlichkeit 44

1. Öffentlich 44

2. Öffentlichkeit 45

3. Gerichtsöffentlichkeit als Saal- und Medienöffentlichkeit 47

a) Die unterschiedlichen Begrifflichkeiten 48

b) Unmittelbare und mittelbare Öffentlichkeit – mittelbare Öffentlichkeit durch sämtliche Medien? 49

c) Strukturwandel und die Suche nach dem vernünftigen Maß an gerichtlicher Öffentlichkeit 53

II. Historische Fundierung des Grundsatzes gerichtlicher Öffentlichkeit 54
1. Gerichtsöffentlichkeit im Römischen Recht 55
2. Die Gerichtsöffentlichkeit altgermanischer Zeit, im Frankenreich und Hochmittelalter 56
3. Frühe Neuzeit und Etablierung der Inquisitionsprozesse 59
4. Wiedereinführung gerichtlicher Öffentlichkeit in der Zeit der Aufklärung 60
a) Die Idee der Publizität staatlicher Entscheidungsvorgänge in der Aufklärungsbewegung 60
b) Die Wiedereinführung des öffentlichen Verfahrensganges 62
aa) Die Debatte in der Literatur um die Wiedereinführung des Öffentlichkeitsgrundsatzes in Deutschland 62
bb) Die Wiedereinführung des Öffentlichkeitsgrundsatzes in Frankreich und die Rezeption im deutschen Recht 65
5. Gerichtsöffentlichkeit seit dem 20. Jahrhundert 67
a) Gerichtsöffentlichkeit im Dritten Reich 67
b) Beschränkung gerichtlicher Öffentlichkeit zugunsten des Persönlichkeitsschutzes 69
6. Zusammenfassung und Ausblick 70
III. Funktionstheoretische Fundierung des Grundsatzes gerichtlicher Öffentlichkeit 71
1. Kontrolle der Judikative 72
a) Begriff der Kontrolle 72
b) Bedeutung von Kontrollbefugnissen in Gerichtsverfahren heutiger Zeit 73
c) Effektivität einer allgemeinen Kontrolle 74
d) Die Rolle der Medien bei der Kontrolle der Judikative 78
2. Information der Allgemeinheit 80
a) Beteiligung am öffentlichen Diskurs 81
b) Verschaffung von Rechtskenntnis und Versinnbildlichung durch Symbolwirkung 81
c) Die Aufgabe der Medien bei der Informationsverbreitung 82
d) Befriedigung von Sensationslust und legitimes Informationsinteresse 84
3. Vertrauen und Akzeptanz 86
4. Funktionswandel gerichtlicher Öffentlichkeit? 88
IV. Verfassungsrechtliche Fundierung des Grundsatzes gerichtlicher Öffentlichkeit 91
1. Der verfassungsrechtliche Schutz der Gerichtsöffentlichkeit 91
a) Das Öffentlichkeitsprinzip der Demokratie 93
aa) Öffentlichkeit des staatlichen Prozesses zur Stärkung demokratischer Legitimation 94
bb) Öffentlichkeit des staatlichen Prozesses als Bedingung für die Wahlentscheidung 96

cc) Öffentlichkeit des staatlichen Prozesses als Bedingung effektiver Kontrolle ... 97
dd) Öffentlichkeit des staatlichen Prozesses als Bedingung für die Bildung einer öffentlichen Meinung ... 98
ee) Legitimität durch Diskurs ... 100
(1) Diskurstheorie des Rechts ... 100
(2) Übertragung der Diskurstheorie auf die Judikative ... 101
(3) Die Grenzen der diskursiven Gerichtsöffentlichkeit ... 102
ff) Zusammenfassung ... 103
b) Die Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips ... 104
aa) Gerichtsöffentlichkeit und Publizität des Rechts ... 105
(1) Normpublizität und Normklarheit als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips ... 105
(2) Öffentlichkeit der Dritten Gewalt zur Stärkung der Normpublizität und Normklarheit ... 106
(3) Die Bedeutung der Medien bei der Vermittlung des Rechts ... 107
(4) Öffentlichkeit der Rechtsanwendung als notwendige Konsequenz der Normpublikation ... 108
bb) Gerichtliche Öffentlichkeit zum Schutze weiterer Prinzipien und Ziele rechtsstaatlicher Verfahrensgestaltung ... 108
(1) Gerichtsöffentlichkeit zur Förderung eines fairen Verfahrens? 108
(2) Gerichtsöffentlichkeit zum Schutze richterlicher Unabhängigkeit? ... 110
cc) Zusammenfassung ... 111
c) Der Öffentlichkeitsgrundsatz nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 EMRK ... 112
d) Zusammenfassung ... 114
2. Der verfassungsrechtliche Schutz der Medienöffentlichkeit ... 115
a) Idee und Bedeutung der Kommunikationsfreiheiten ... 116
b) Zu den Schutzbereichen der Freiheiten des Art. 5 Abs. 1 GG ... 118
aa) Meinungsfreiheit ... 118
bb) Informationsfreiheit ... 122
(1) Das geschützte Verhalten: sich „zu unterrichten" ... 123
(2) Die Informationsquelle ... 123
(3) Die allgemeine Zugänglichkeit ... 124
(4) Der Gerichtssaal als allgemein zugängliche Quelle? ... 126
(a) Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ... 126
(b) Stellungnahme ... 127
(aa) Bestimmung der allgemeinen Zugänglichkeit ... 127
(bb) Ausübung des staatlichen Bestimmungsrechts als Ausgestaltung oder Schutzbereichsbeschränkung? .. 129
(c) Ergebnis ... 132

cc) Pressefreiheit 133
(1) Funktionen und Aufgaben der Presse 133
(2) Persönliche Grundrechtsträgerschaft 135
(a) Grundsatz 135
(b) Laien- und Bürgerjournalisten als Träger der Pressefreiheit 135
(3) Sachlicher Gewährleistungsgehalt 137
(a) Der verfassungsrechtliche Pressebegriff 137
(b) Inhalt und Umfang des grundrechtlichen Schutzes – die subjektiv-rechtliche Dimension 138
(4) Objektiv-rechtlicher Gehalt 141
dd) Rundfunkfreiheit 142
(1) Persönliche Grundrechtsträgerschaft 142
(a) Grundsatz 142
(b) Laien- und Bürgerjournalisten als Träger der Rundfunkfreiheit 143
(2) Sachlicher Gewährleistungsgehalt 143
(a) Der verfassungsrechtliche Rundfunkbegriff 143
(aa) Gerichtetheit an die Allgemeinheit 144
(bb) Rundfunktechnische Verbreitungsform 144
(cc) Darbietungscharakter 145
(b) Inhalt und Umfang des grundrechtlichen Schutzes 145
(3) Objektiv-rechtlicher Gehalt 146
ee) Der Grundrechtsschutz von Online-Diensten beziehungsweise -Medien 148
(1) Ausgangslage 148
(2) Die klassische Abgrenzungsmethode nach der Distributionsform 150
(3) Technologieneutrale Abgrenzungsmethoden 151
(a) Abgrenzung nach dem typischen Erscheinungsbild des Mediums 152
(b) Unterscheidung nach der Identität des Medienanbieters .. 153
(c) Der Rezeptionsmodus als Abgrenzungskriterium 154
(4) Neuinterpretation oder Neufassung des Art. 5 Abs. 1 GG 155
(a) Einheitliches Gesamtkommunikationsgrundrecht 155
(b) Einheitliches Gesamtmediengrundrecht 155
(c) Allgemeine Medienfreiheit de constitutione ferenda 156
(d) Internetdienstefreiheit 156
(5) Rechtliche Würdigung 157
(a) Ungeeignetheit der klassischen Abgrenzungsmethode? .. 157
(b) Entwicklungsoffenheit des Presse- und Rundfunkbegriffs 158

(c) Regulierungsbedürftigkeit des Rundfunks 159
(d) Zuordnung hybrider Angebotsformen 159
(e) Urheberschaft des Angebots 160
(f) Rezeptionsmodus 160
(g) Neuinterpretation 161
(6) Zusammenfassung und Lösungsversuch 162
3. Beschränkungen von Saal- und Medienöffentlichkeit 164
a) Die allgemeinen Gesetze 164
aa) Die Vorschriften der §§ 169 ff. GVG als allgemeine Gesetze 165
(1) Kein Sonderrecht gegen eine der Freiheiten des Art. 5 Abs. 1 GG 166
(2) Schlechthin zu schützendes Rechtsgut 167
(a) Persönlichkeitsschutz 167
(aa) Recht auf Selbstbestimmung 168
(bb) Recht der Selbstbewahrung 168
(cc) Recht der Selbstdarstellung 170
(dd) Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Schutz personenbezogener Daten 171
(b) Recht auf ein faires Verfahren 172
(c) Unschuldsvermutung 172
(d) Ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung 173
(e) Richterliche Unabhängigkeit 174
bb) Zusammenfassung 176
b) Die Bestimmungen zum Schutze der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre 176
c) Kollidierendes Verfassungsrecht 177
4. Zusammenfassung 178
V. Inhaltliche Fundierung des Grundsatzes gerichtlicher Öffentlichkeit 178
1. Gerichtsöffentlichkeit als Zugänglichkeit der gerichtlichen Verhandlung 179
a) Saalöffentlichkeit 179
aa) Allgemeine Zugänglichkeit 179
bb) Begrenzung durch die räumlichen Kapazitäten 181
b) Medienöffentlichkeit 182
aa) Der besondere Wert der Medienöffentlichkeit 182
bb) Die Herleitung des Zugangsrechts von Medienvertretern 184
cc) Ausgestaltung des Zugangsrechts der Medienvertreter im einfachen Recht 186
dd) Die Reservierung von Medienplätzen 187
(1) Begründung der Privilegierung von Medienvertretern bei der Sitzplatzvergabe 187

(a) Vorrang des Prioritätsprinzips 187
(b) Verfassungsrechtliche Begründung des Abweichens vom Prioritätsgrundsatz zugunsten von Medienvertretern 189
(c) Pflicht zur Reservierung von Plätzen für Medienvertreter 190
(2) Die konkrete Ausgestaltung der Platzvergabe 191
(3) Platzreservierung für Laienjournalisten 193
ee) Übertragung der mündlichen Verhandlung in einen Nebenraum .. 195
(1) Zulässigkeit der gerichtsinternen Übertragung in einen Nebenraum nach altem Recht? 195
(2) Die Zulässigkeit der Tonübertragung in einen Nebenraum nach geltendem Recht 197
(3) Rechtliche Würdigung 198
c) Zusammenfassung 200
2. Gerichtsöffentlichkeit durch weitest gehende Transparenz gerichtlicher Entscheidungsfindung 200
a) Ausgangslage 200
b) Die Pflicht zur Veröffentlichung gerichtlicher Entscheidungen 201
aa) Verfassungsrechtliche Publikationspflicht 202
bb) Umfang der Publikationspflicht 203
cc) Publikationsanspruch 205
c) Auskunftsansprüche, Akteneinsichtsrechte sowie Anspruch auf Herausgabe gerichtlicher Entscheidungen 206
aa) Informationsansprüche nach den Landespressegesetzen 207
(1) Auskunftsberechtigte und Auskunftsverpflichtete 207
(2) Legitimes Informationsinteresse 208
bb) Informationsansprüche nach den Informationsfreiheitsgesetzen .. 210
cc) Auskunft und Akteneinsicht nach den Prozessordnungen 212
(1) Akteneinsicht nach § 299 Abs. 2 ZPO 212
(a) Das rechtliche Interesse als maßgebliches Kriterium 212
(b) Verhältnis zu einem möglichen Akteneinsichtsrecht nach den Landespressegesetzen 214
(2) Auskunft nach § 475 Abs. 4 StPO 215
(3) Anspruch auf Herausgabe einer Urteilsabschrift nach den Prozessordnungen 215
dd) Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch 216
(1) Verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch auf dem Niveau eines Minimalstandards 216
(2) Kein verfassungsunmittelbarer Auskunftsanspruch 218
d) Die aktive Teilhabe der Judikative am öffentlichen Diskurs 219
aa) Öffentlichkeitsarbeit der Gerichte als verfassungsrechtliche Verpflichtung 219

bb) Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit 222
3. Zusammenfassung 223
VI. Zwischenfazit 223

Teil 2

Gerichtsberichterstattung und Neue Medien 225

A. Generelle Grenzen der Gerichtsberichterstattung 225
I. Gerichtsöffentlichkeit und Berichterstattung 225
II. Saal- und Medienöffentlichkeit: Zwei identische Bezugsgrößen? 227
III. Identifizierende oder anonymisierte Berichterstattung? 230
1. Identifizierende Berichterstattung als Beeinträchtigung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts von Verfahrensbeteiligten 230
2. Öffentliches Informationsinteresse an der Identität einer bestimmten Person 231
3. Besonderheiten bei der Berichterstattung über Strafverfahren 234
a) Abwägungskriterien nach der Lebach-Rechtsprechung 234
b) Rechtliche Würdigung und Präzisierung der Abwägungskriterien ... 236
aa) Kein Urheberrecht an eigenen Lebensereignissen 236
bb) Kein grundsätzliches Verbot einer Berichterstattung über zurückliegende Straftaten 237
cc) Intensität der Grundrechtsbeeinträchtigung 237
dd) Das Veranlassungsprinzip als Kriterium zur Auflösung der Grundrechtskollision 239
ee) Der Öffentlichkeitsgrundsatz als Indiz für die Zulässigkeit einer identifizierenden Berichterstattung 240
ff) Zusammenfassung 240
c) Die Archivrechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Erweiterung der Lebach-Rechtsprechung 241
aa) Grundsätze der Archivrechtsprechung 241
bb) Rechtliche Würdigung 242
(1) Tagesaktuelle Berichterstattung oder Reaktualisierung vergangener Vorgänge in Online-Archiven? 243
(2) Online-Archive als passive Darstellungsplattformen? 244
(3) Bedeutung der spezifischen Wirkungen des jeweiligen Mediums 245
(4) Recht auf Vergessenwerden 247
(5) Lösung: Reaktive Prüfpflichten 249
4. Identifizierende Berichterstattung außerhalb des Strafverfahrens 252
5. Anonymisierungspflicht bei der Mitteilung gerichtlicher Entscheidungen 253
6. Zulässigkeit der Namensnennung von Organen der Rechtspflege 253

7. Zulässigkeit der identifizierenden Berichterstattung über Zeugen, insbesondere Opfer einer Straftat ... 255
IV. Die Grundsätze der Verdachtsberichterstattung als Besonderheit der Kriminalberichterstattung ... 255
1. Inhalt und Funktion der Verdachtsberichterstattung ... 255
2. Berechtigtes öffentliches Informationsinteresse ... 256
3. Mindestbestand an Beweistatsachen ... 257
4. Sorgfältige Recherche ... 258
5. Ausgewogene und distanzierte Form der Darstellung ... 260
V. Betonung der internetspezifischen Gefahrenlage bei der Güterabwägung ... 261
VI. Zusammenfassung ... 263

B. Die verhandlungsbegleitende Textberichterstattung und die Nutzung Neuer Medien im Gerichtssaal ... 263
I. Betroffenheit der Schutzbereiche des Art. 5 Abs. 1 GG durch das Verbot der Nutzung portabler Computer ... 264
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung ... 266
1. Das absolute Verbot der Nutzung portabler Computer ... 267
a) Störung des Verhandlungsablaufs ... 267
b) Missbrauchsgefahr ... 268
c) Bedeutung entgegenstehender Interessen ... 269
d) Zwischenergebnis ... 270
2. Das Verbot der Nutzung von Datenübertragungstechniken ... 270
a) Gefahren für den Persönlichkeitsschutz ... 271
b) Gefährdung eines fairen Verfahrens ... 271
c) Gefährdung der Funktionstüchtigkeit der Rechtspflege ... 271
d) Gerichtsöffentlichkeit und Medienrealität ... 272
e) Zwischenergebnis ... 273
III. Bedeutung der Live-Textberichterstattung für die Funktionen der Gerichtsöffentlichkeit ... 274

C. Der Schutz vor Bildnisveröffentlichungen und Bildnisaufnahmen im Rahmen der Gerichtsberichterstattung ... 276
I. Der Schutz des Rechts am eigenen Bild ... 276
II. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte ... 277
III. Aufnahmeverbote im Gerichtssaal zum Schutze des Persönlichkeitsrechts ... 278
1. Das Verhältnis der §§ 22, 23 KUG zu § 176 GVG ... 279
2. Aufrechterhaltung der Ordnung „in der Sitzung" ... 280
IV. Aufnahmeverbote zugunsten der Sicherung des störungsfreien äußeren Ablaufs der Sitzung und der ungehinderten Entscheidungsfindung ... 282
V. Zwischenergebnis ... 283

D. Die Zulässigkeit der Anfertigung und Verbreitung von Bildaufnahmen im Umfeld der gerichtlichen Verhandlung ... 284
I. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ... 284
1. Ausgangspunkt: Honecker-Entscheidung ... 284
2. Bildaufnahmen außerhalb der mündlichen Verhandlung von Richtern und Schöffen (Sparkasse Mannheim) ... 286
3. Anonymisierungsanordnung zum Schutze des Angeklagten ... 286
4. Bildaufnahmen von Gerichtspersonen und sonstigen Amtsträgern (Bundeswehrprozess) ... 287
5. Stigmatisierungsgefahr durch Bildaufnahmen des Angeklagten außerhalb der mündlichen Verhandlung (Holzklotz-Fall) ... 290
6. Bildaufnahmen in den Verhandlungspausen („Komasaufprozess") ... 291
7. Zusammenfassung ... 292
II. Bildaufnahmen aus dem Verhandlungssaal als Gegenstand eines berechtigten öffentlichen Informationsinteresses ... 293
III. Entgegenstehende Belange des Persönlichkeitsschutzes ... 296
1. Angeklagte ... 297
2. Gerichtspersonen ... 299
3. Rechtsanwälte ... 301
4. Zeugen, insbesondere Opfer einer Straftat ... 301
5. Parteien im zivil- oder verwaltungsgerichtlichen Verfahren ... 302
IV. Zwischenergebnis ... 302

E. Die Zulässigkeit der Aufnahme und des Verbreitens von Foto- und Filmaufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung ... 302
I. Filmaufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung ... 303
1. Die Entwicklung des § 169 GVG ... 303
2. Die n-tv-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ... 305
3. Der Schutz von audiovisuellen Aufnahmen als medientypische Ausdrucksform ... 308
4. § 169 Abs. 1 Satz 2 GVG als Beschränkung der Medienfreiheiten ... 309
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung ... 309
a) Informationswert der bildlichen Dokumentation für den Rundfunk ... 310
b) Informationswert der bildlichen Dokumentation für die elektronische Presse ... 314
c) Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ... 315
d) Aufnahmebedingte Störungen ... 316
aa) Beeinträchtigung von Persönlichkeitsrechten ... 316
(1) Angeklagte im Strafverfahren ... 316
(2) Tatopfer im Strafverfahren ... 318
(3) Verfahrensbeteiligte in anderen Verfahrensarten ... 318
(4) Gerichtspersonen ... 319

(5) Zusammenfassung 319
bb) Beeinträchtigung der ungestörten Verhandlungsführung 320
cc) Beeinträchtigung der ungestörten Wahrheits- und Rechtsfindung 320
dd) Beeinträchtigung der richterlichen Unabhängigkeit 323
ee) Beeinträchtigung der Würde des Gerichts 324
e) Verhältnismäßigkeit des § 169 Abs. 1 Satz 2 GVG 325
II. Fotoaufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung 326
III. Ergebnis 327

F. Neuer Ansatz zur Anfertigung von audiovisuellen Aufnahmen innerhalb der gerichtlichen Verhandlung 328
I. Ausgangslage 328
II. Welche Differenzierungsmöglichkeiten kommen in Betracht? 330
1. Vorüberlegungen 330
2. Ordentliche Gerichtsbarkeit 332
3. Verfassungsgerichtsbarkeit 333
4. Verwaltungsgerichtsbarkeit 334
5. Revisionsinstanz und Verfahren vor den obersten Bundesgerichten 335
6. Beschränkung auf den Zeitpunkt der Urteilsverkündung 336
7. Verfahren von historischer oder zeitgeschichtlicher Bedeutung 337
8. Einwilligungslösung 339
III. Mildere Mittel zur Erreichung des bisherigen Schutzniveaus 340
IV. Gesetzgeberische Umsetzung der Neuregelung und Ausblick 340

Teil 3

Gerichtsöffentlichkeit heute 342

A. Gerichtsöffentlichkeit als Medienöffentlichkeit 342

B. Gerichtsöffentlichkeit und Neue Medien 343

C. Wesentliches Ergebnis der Untersuchung 344
I. Live-Textberichterstattung 345
II. Foto-, Rundfunk- und Fernsehberichterstattung 345

D. Zusammenfassende Thesen 346

Literaturverzeichnis 352

Personen- und Sachverzeichnis 383

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
AE-StuM	Alternativ-Entwurf Strafjustiz und Medien
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
ahd.	althochdeutsch
AK-GG	Alternativkommentar zum Grundgesetz
Anm.	Anmerkung
Anwbl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
as.	altsächsisch
BArchG	Bundesarchivgesetz
BayOLG	Bayerisches Oberlandesgericht
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BbVerfGG	Brandenburgisches Verfassungsgerichtsgesetz
Bd.	Band
Begr.	Begründer
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BerlPresseG	Berliner Pressegesetz
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK-GG	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer Mitteilungen
BRJ	Bonner Rechtsjournal
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz